

**HK****Handelskammer
Hamburg**

Protokoll

Plenarsitzung

8. Dezember 2017, 16: 30 Uhr

Vorsitz: Präses Tobias Bergmann

Tagesordnung

- 1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. November 2017**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
- 3. Berichte**
 - a) des Präses
 - b) des Hauptgeschäftsführers
 - c) Aus den Ausschüssen und Arbeitskreisen
- 4. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
- 5. Bestellung einer Hauptgeschäftsführerin gemäß § 6 Abs. 2 Herr Präses Bergmann Ziff. 2 i.V.m. § 15 Abs. 1 der Satzung der Handelskammer**
- 6. Verabschiedung Vision/Mission**

Herr Herting
Vorstellung und Diskussion und Verabschiedung
- 7. Aktivitäten- und Wirtschaftsplanung 2018**

Herren Dr. Teichert, Duphorn und Brehmer

 - a) Änderung der Beitragsordnung
 - b) Verabschiedung Aktivitäten- und Wirtschaftsplan 2018
 - c) Gruppenabschluss 2017
Vorstellung; Diskussion und Kenntnisnahme.
- 8. Eckpunktepapier A26 Ost**

Herr Asmus, Frau Beine
- 9. Verschiedenes**

Anwesend:

Herr Präses Bergmann;

Herren Vizepräses Elmendorf, Mücke, Dr. Killinger, Dr. Teichert, Frau Vizepräses Rickwardt, Frau Vizepräses Stumpf;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herr Asmus, Herr Dr. Behrens, Herr Brauer, Herr Darboven, Herr Duphorn, Herr Dürre, Herr Ebert, Herr Ederhof, Herr Elmendorf, Herr Enke, Herr Falk, Herr Gehrckens, Herr Goetz, Frau Gül-Cabolat, Herr Hannefort, Frau Harbs, Herr Heimsoth, Herr Hellwig, Herr Hocquel, Herr Holstein, Herr Jakoblev, Herr Jensen, Herr Kaufholz, Herr Koopmann, Herr Korff, Herr Kranz, Herr Kröger, Herr Kuhlmann, Herr Lintzen, Herr Daniel Lorenzen, Herr Lorenz-Meyer, Frau Meier, Herr Montzka, Frau Nack-Warenycia, Herr Perleberg, Herr Pfeiffer, Herr Pirck, Herr Pohle, Frau Prinz, Herr Räber, Herr Reinecke, Herr Selent, Herr Siebold, Herr Sträßner, Herr Tasbilek, Herr Dr. Vogelsang, Herr Wendt-Reese, Herr Wöhlke;

dauerhafte Gäste im Plenum: Herr Dr. Brüggestrat, Frau Hnida, Herren Dr. Kruse, Dr. Mecke, van der Schalk;

Herr Brehmer, Frau Beine, Herren Graf, Grams, Herting, Höhr, Frau Nienstedt, Herren Schote, Schüßler, Dr. Süß, Ulrich;

Herr Anders, Aßmann, Conrad, Frau Jacob (Protokoll), Kornella, Köhnemann, Frau Kunkel, Frau Lurtz-Herting, Herr Mester, Frau Dr. Ölschläger, Frau von Wedel, Frau Sprotte, Herr Tietgens, Herr Tießen, Herr Swantusch, Herr Ulrich, Frau Wolff;

Entschuldigt fehlen:

Herren Costur, Fischer, Holler, Dominik Lorenzen, Platz, Schmelzer, Thies, Wandrey.

Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 8. Dezember 2017

Zu Beginn der Sitzung befinden sich 57 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal. Herr Bergmann verweist auf die im Anschluss der Plenarsitzung stattfindende „Lange Nacht“.

Herr Präses Bergmann eröffnet die Sitzung und weist auf das Audio-Livestreaming und die Tonaufzeichnung der Sitzung hin.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. November 2017

Herr Präses Bergmann teilt mit, dass keine schriftlichen Einwendungen oder Anmerkungen eingegangen sind.

Herr Dr. Vogelsang teilt seine im letzten Protokoll aufgenommene Genehmigung zur Audio-Live Übertragung mit. Er verweist allerdings darauf, dass seine Wortbeiträge ausnahmslos bei der Audio Übertragung am 2. November 2017 unterdrückt worden seien. Herr Dr. Vogelsang ergänzt, dass er bei einer wiederholten Unterdrückung seiner Wortbeiträge die Sitzung für nicht regulär halte und eine Anfechtung anstreben werde.

Herr Präses Bergmann erklärt, dass es sich um ein Versehen gehandelt habe und versichert, dass sich dieser Vorfall nicht wiederhole.

Das Protokoll der Sitzung vom 2. November ist genehmigt und zur Veröffentlichung auf der Internetseite der Handelskammer Hamburg freigegeben.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt. Es gibt keine Anmerkungen.

TOP 3: Berichte

a) des Präses

Herr Präses Bergmann berichtet zunächst über die Veränderungen bei der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e.V. (VEEK) und begrüßt die Satzungsänderung, welche durch die Mitgliederversammlung beschlossen worden sei und die eine größere Unabhängigkeit der VEEK sicherstelle. Zudem teilt er mit, dass die Veranstaltung der VEEK am 29. Dezember 2017 in der Handelskammer Hamburg stattfinden werde. Diesmal sei jedoch eine Kostenteilung zwischen der Handelskammer Hamburg und des VEEK „50:50“ vorgesehen. In der Vergangenheit sei die Veranstaltung allein von der Handelskammer Hamburg getragen worden. An der Versammlung wird auch der Erste Bürgermeister Olaf Scholz teilnehmen, der ebenfalls eine Rede halten werde. An der Erarbeitung der Rede von Präses Bergmann habe die Unternehmensberatung McKinsey pro bono mitgewirkt. Darüber hinaus seien die Herren Vizepräses Dr. Killinger, Prof. Vöpel, Dr. Süß und Anders an der Vorbereitung der Rede beteiligt.

Herr Vogelsang äußert sich überrascht über die Beteiligung McKinseys an der Ausarbeitung der Rede des Präses und erfragt, was McKinsey als Berater von Großunternehmen qualifizieren würde, eine solche Rede vorzubereiten.

Herr Präses Bergmann antwortet, dass er einzelne Personen der Beratungsgesellschaft aus vergangener Zusammenarbeit kenne und ihm der Blickwinkel global agierender Unternehmen wichtig sei.

Herr Präses Bergmann berichtet zum Thema Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), dass die Handelskammer Hamburg das HWWI 2016 als 100 prozentige Tochter

übernommen habe und hieraus zwei Aufgaben erwachsen seien. Zum Einen galt es, die finanzielle Stabilität zu sichern, und zum Anderen einen neuen Gesellschafter zu finden. Die erste Aufgabe sei erfüllt worden, sodass das HWWI im Jahr 2016 nur noch ein Defizit von 50.000 EUR auswies. Für das Jahr 2017 werde sogar ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Daher bestehe keine unmittelbare fiskalische Belastung mehr für die Handelskammer. Derzeit sei es aber trotz zahlreicher Kontakte noch nicht gelungen, einen weiteren strategisch passenden Gesellschafter zu finden. Dies werde für das erste Halbjahr des Jahres 2018 angestrebt.

Herr Präses Bergmann thematisiert die IHK Nord in Bezugnahme auf die Vollversammlung des DIHK am 23. November, bei der neben ihm auch die Herren Brehmer und Vizepräses Mücke teilgenommen hätten. Dabei sei die mittelfristige Finanzplanung des DIHK beschlossen worden, welche aussage, dass die Mitgliedsbeiträge des DIHK in den kommenden Jahren um 17% steigen würden. Derzeit würde die Handelskammer Hamburg 1,5 Mio. EUR als Mitgliedsbeitrag zahlen. Bei einer 17 prozentigen Steigerung würde dies zu einer Erhöhung der Zahlung um etwa 250.000 EUR führen. Dieser Aspekt sei relevant für die mittelfristige Planung der Handelskammer Hamburg, welche eine Senkung der Mitgliedsbeiträge vorsehe. In diesem Zusammenhang habe das Präsidium Überlegungen zur IHK Nord angestellt, die eine grundsätzliche Reform der IHK Nord betreffen. Bei dieser Reform soll es nicht nur um Finanzen gehen, sondern auch um eine größere Sichtbarkeit und Schlagkraft der IHK Nord. Diese Überlegungen seien am 6. November an die IHK Nord herangetragen worden. Herr Präses Bergmann räumt ein, dass er das Plenum am 2. November darüber hätte informieren können. Ziel sei es, mit Blick auf die Anforderungen und Forderungen des Präsidiums weiterhin mit der IHK Nord zusammen zu arbeiten. Es handele sich bei den Diskussionen mit der IHK Nord um einen ergebnisoffenen Prozess. Insbesondere stelle sich die Frage, ob das Büro in Brüssel notwendig sei. Eine Projektgruppe unter der Leitung von Herrn Vizepräses Elmendorf erarbeite derzeit Vorschläge zur Reform der IHK Nord, die Anfang 2018 dem Plenum zum Beschluss vorgelegt werden sollen.

Herr Pirck kritisiert die Informationspolitik des Präsidiums. Er habe auf eine Transparenzfrage eine unbefriedigende Antwort von Herrn Brehmer erhalten und wünsche sich daher eine stärker dialogorientierte Verfahrensweise. Die Ausschüsse sollten seiner Ansicht nach bereits am Anfang an der Willensbildung beteiligt werden, um eine Diskussion im Vorwege zu mündlichen Austrittformulierungen zu ermöglichen. Er verstehe die intransparente Handhabung nicht. Insbesondere nicht im Hinblick auf die gegensätzlichen ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen, welche zum einen lediglich Absichtserklärungen zum Austritt aus der IHK Nord beinhalten. Herr Pirck fordert eine Erklärung zu den Austrittformulierungen und Absichtserklärungen.

Herr Präses Bergmann antwortet, dass keine Austrittserklärung ergangen sei.

Herr Dr. Mecke fügt hinzu, dass der „Kollateralschaden“ eines Austritts zu beachten sei. Im Industriausschuss hätte es erhebliche Diskussionen zu dieser Thematik gegeben. Zudem weist er auf das Wahlversprechen des derzeitigen Präsidiums hin, das Thema Transparenz stark zu berücksichtigen. Daher empfinde er eine Drohung eines Austritts aus der IHK Nord ohne ausreichende vorhergehende Debatte im Plenum als nicht demokratisch. Daraufhin verliest Herr Dr. Mecke das Ergebnis der Diskussion des Industriausschusses:

„Die Wirtschaft in Norddeutschland ist eng verflochten und arbeitet selbstverständlich im gesamten Norden zusammen. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist neben vielen anderen Branchen ein Musterbeispiel. Wenn in einer solchen Wirtschaftsstruktur nun die Industrie und Handelskammer einen Weg gingen, wieder isoliert nur für ihre jeweilige Stadt oder Region zu sprechen, widerspräche dies fundamental den Interessen der Unternehmen. Konkret würde dies bedeuten, dass sich Norddeutschland in den Gremien des DIHK und damit in der gesamten deutschen Meinungsbildung nachhaltig schwächen würde. Die Handelskammer Hamburg hat nur eine von 79 Stimmen im DIHK. Daher ist es notwendig sich im Vorfeld von wich-

tigen Positionierungen gemeinsam als Norden abzustimmen und damit ein ähnliches Gewicht, wie Bayern und Nordrhein-Westfalen zu haben. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist dass die Wirtschaft nachdrücklich und zu Recht bei jeder nur denkbaren Gelegenheit fordert, dass die norddeutsche Politik im engen Schulterschluss ihre Anliegen gemeinsam in Berlin und Brüssel vertreten soll. Durch ein Austritt der Handelskammer Hamburg aus der IHK Nord würde genau das Gegenteil getan werden, von dem was wir von der Politik erwarten und einfordern. Dementsprechend empfiehlt der Industrieausschuss, dass die Handelskammer Hamburg dafür sorgt das mit einer schlagkräftig organisierten und agilen IHK die gemeinsamen Interessen des Nordens kompetent und erfolgreich vertreten werden und dementsprechend die Mitgliedschaft der Handelskammer Hamburg in der IHK Nord als eine von zwölf norddeutschen Industrie- und Handelskammern weiter sichergestellt wird. Veränderungsvorstellungen des Präsidiums zur norddeutschen Zusammenarbeit in der IHK Nord sollten in einem vertrauensvollen Dialog, so wie es in Europa gemacht wird, mit den norddeutschen Partnerkammern angestrebt werden. Eine fundamentale Verknüpfung des weiteren Verbleibs der IHK Nord an Bedingungen sieht der Industrieausschuss kritisch.“

Herr Vizepräsident Elmendorf greift den Punkt der Neuausrichtung auf. Sein Wunsch sei es, diesen Prozess in Zusammenarbeit mit der IHK Nord zu gestalten. Allerdings sei der Antrag der Handelskammer zu etwaigen Reformbestrebungen nicht zur Abstimmung im Rahmen der Mitgliedsversammlung der IHK Nord zugelassen worden. Er sei jedoch für Ideen und Vorschläge offen und lade dazu interessierte Plenarmitglieder zu einem Themenaustausch ein.

Herr Koopmann berichtet, dass auch im Ausschuss Hafen und Schifffahrt über die Erklärungen eines etwaigen Austritts aus der IHK Nord diskutiert worden sei. Die IHK Nord habe sich maßgeblich für die Fahrinnenanpassung eingesetzt und damit auch ihr politisches Gewicht unter Beweis gestellt. Der Präsident stelle die These auf, dass es nur um die Einsparung von 250.000 Euro gehe und keine inhaltliche Motivation hinter dem Austritt stehe. Ein Austritt allerdings habe ernste Folgen und die derzeitigen Verhandlungen seien nach ihrer Art kein hanseatisches Vorbild.

Herr Präsident Bergmann teilt mit, dass keine wirtschaftspolitische Motivation hinter dem möglichen Austritt aus der IHK Nord stehe. Im Vordergrund stehe die Einsparung von 250.000 Euro. Zudem gebe es auch andere Kooperationsmöglichkeiten. Andere Landesarbeitsgemeinschaften würden zu deutlich niedrigeren Konditionen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert erläutert, dass auf politischer Ebene von Entbürokratisierung gesprochen werde. Entbürokratisierung würde bedeuten, Prozesse effektiver zu gestalten. Dies gelte auch für die IHK Nord.

Herr Asmus spricht sich für einen Reformprozess aus und teilt mit, dass er sich eine Bewegung bei den IHKs im Norden wünsche. Ein Austritt der Handelskammer aus der IHK Nord würde bedeuten, dass es keine IHK Nord mehr in dieser Form gebe.

Herr Dr. Vogelsang fügt hinzu, dass die derzeitige Verhandlungsstrategie mit der IHK Nord nicht sinnvoll sei und eine Kooperation auf dieser Basis unmöglich erscheine. Mit dieser Vorgehensweise würde die Handelskammer zu einer Isolation Hamburgs beitragen. Für einen Stadtstaat sei dies eine schlechte Lösung, da Hamburg kein Flächenstaat wie Bayern sei. Stadtstaaten seien auf eine gute Nachbarschaft angewiesen. Dies sei von existenzieller Bedeutung für die Hamburger Wirtschaft.

b. des Hauptgeschäftsführers

Der schriftliche Bericht des Hauptgeschäftsführers informiert über den Ausbildungsmarkt 2017. Mit 8.760 neuen Auszubildenden liege der Wert aktuell um 2,4 % unter dem Vorjahreswert. Es wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

c. aus den Ausschüssen

Herr Asmus berichtet über die Sitzung der Fluglärmschutzkommission beim Hamburger Flughafen am 1. Dezember 2017. Ein Vorschlag zur Änderung der Betriebszeiten des Hamburger Flughafens sehe vor, die Betriebszeiten einzuschränken. Dies betreffe Starts und Landungen nach 23.00 Uhr.

Diesbezüglich hat der Ausschuss für Verkehr mit 14 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen folgenden Beschluss gefasst:

„Die von der Flugschutzkommission vorgeschlagene Änderung der Verspätungsregelung käme einer Änderung der gültigen Betriebszeiten und damit der bestehenden Planungsgrundlage des Flughafens gleich. Sie birgt enorme wirtschaftliche Risiken für den Standort, die Mobilität unserer Mitgliedsunternehmen, die Bindung von Fluglinien und Luftfrachtpediteuren an diesen Standort sowie die Tourismusdestination Hamburg. Wir setzen uns daher für den Erhalt der bestehenden Betriebszeiten und verlässliche Rahmenbedingungen für den Flughafen Hamburg ein. Zudem schlagen wir vor, dass der intensive Dialog mit den vom Fluglärm betroffenen Anwohnern und Bürgerinitiativen, den Fluglinien und betroffenen Unternehmen weitergeführt und geeignete Maßnahmen zur Lärmreduktion gemeinsam entwickelt werden.“

Herr Kruse ergänzt, dass der Ausschuss für Außenwirtschaft diesen Beschluss einstimmig bestätige und das gleiche Votum für die Stellungnahme abgegeben habe.

Das Plenum nimmt den Beschluss des Ausschusses für Verkehr und des Ausschusses für Außenwirtschaft zur Kenntnis.

Herr Lorenz-Meyer berichtet von seiner Delegationsreise nach Vietnam vom 25. November bis 2. Dezember mit Senator Horch. Insgesamt 28 Teilnehmer hätten unter Beteiligung des Ost-Asiatischen Vereins (OAV), Hafen Hamburg Marketing (HHM) und des VDMA gemeinsam wichtige wirtschaftspolitische Gespräche mit Regierungs- und Unternehmensvertretern geführt.

TOP 4: Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Herr Holstein bedankt sich bei Frau Dr. Hillger und dem Bereich International, die durch hervorragende Kooperation mit der AHK Indien bei der India Week in Hamburg gegläntzt habe. Die Handelskammer habe für die India Week fünf Veranstaltungen organisiert und diese durch Kooperationen mit dem OAV kostengünstig umgesetzt. Dies sei ein positives Beispiel für eine Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Themen kostengünstig voranbringt.

Herr Präses Bergmann berichtet, dass er auf dem Empfang zum 10-jährigen Jubiläum des Hamburger Familiensiegels war. Auch hier handele es sich um eine vorbildliche Veranstaltung Hamburgs, bei der KMU kostenfrei für ihre Familienfreundlichkeit zertifiziert werden.

TOP 5: Bestellung einer Hauptgeschäftsführerin gem. § 6 Abs. 2 Ziff. 2 i.V.m. § 15 Abs. 1 der Satzung der Handelskammer Hamburg

Herr Präses Bergmann informiert das Plenum über den Ablauf der Bestellung einer Hauptgeschäftsführerin.

Herr Vizepräses Mücke berichtet, dass das Präsidium sich im Rahmen des Auswahlverfahrens für einen 4 –Stufenprozess entschieden habe. Die erste Stufe beinhaltete das Einrichten einer Findungskommission. Die Findungskommission bestand aus Frau von Wedel, Personalrat, Herrn Pahl, Personalleiter, Frau Steinhoff, Personalleiterin der HSH Nordbank, dem

Leiter des Berufsbildungsausschusses, Herrn Enkerts, sowie den Plenarmitgliedern Herrn Lorenzen und Frau Darboven. Die Kommission hat die Agentur Intersearch damit beauftragt den Prozess zu begleiten. Es habe 150 Bewerbungen gegeben, welche von Intersearch für die Findungskommission überprüft worden seien. Die Findungskommission habe dann dem Präsidium fünf Kandidaten vorgeschlagen. In der dritten Stufe habe die Präsentation und die Auswahl im Präsidium stattgefunden. Frau Christi Degen sei als einstimmige Empfehlung aus dem Präsidium für das Plenum hervorgegangen und werde heute dem Plenum zur Bestellung vorgeschlagen.

Frau Degen beschreibt sich mit dem Motto als Entdeckungsreisende, welches ihre Person und ihre Erfahrungen am besten charakterisiere. Im Privaten wäre dies durch ihr Interesse an der Geografie, maritimer Geschichte sowie Landkarten begründet. Im beruflichen Sinne stehe sie für Innovation, Modernisierung und Organisationsentwicklung. Sie habe bereits sechs Strategieprozesse begleitet und Erfahrungen sowohl im System der IHK gemacht als auch außerhalb. Darüber hinaus hätte sie auch Erfahrungen im internationalen und universitären Kontext gesammelt. Auch in der Privatwirtschaft wäre Sie mit einem Startup der FAZ tätig gewesen. Kundenorientierung stehe zentral für Sie im Vordergrund. Ziel ihres Engagements sei die Modernisierung der Handelskammer.

Herr Dr. Vogelsang fragt Frau Degen nach ihren inhaltlichen Vorstellungen die Handelskammer Hamburg betreffend. Insbesondere interessiere ihn die Stellungnahme zum Austritt aus der IHK Nord und die Idee, die IHK Hannover als Vorbild zu nehmen. Zudem erfragt er, ob Sie die Mitarbeiteranzahl ebenfalls halbieren wolle.

Frau Degen räumt ein, darauf nicht im Detail Stellung nehmen zu können. Zunächst müsse sie sich kundig machen, um strategische Ziele formulieren zu können. Sie stehe aber für den Kurs des derzeitigen Plenums. Sie habe schon in der Vergangenheit in anderen IHKs versucht, zu modernisieren und zu digitalisieren, die Projekte auf Kernthemen zu fokussieren, Geld einzusparen und ein neues Profil zu schaffen. Die Handelskammer Hamburg sehe sie als Pilotprojekt, da auch andere IHKs vor ähnlichen Herausforderungen stünden. Alles, insbesondere auch die Beiträge, sollen auf den Prüfstand gestellt werden, dies impliziere auch eine Verschlinkung und Konzentration auf die Kernzwecke der IHKs. Es müssten diesbezüglich auch Mitgliedschaften in Frage gestellt werden.

Herr Dr. Vogelsang teilt mit, die Position noch nicht nachvollziehen zu können. Er stellt die Frage, ob es der richtige Weg sei, Ausbildungsgebühren zu erhöhen und im Gegenzug dazu die kleinen und mittleren Unternehmen von etwaigen Kosten, insbesondere Beiträgen zu entlasten.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert wirft im Gegenzug die Frage auf, warum Herr Dr. Vogelsang vor einiger Zeit im Plenum dafür gestimmt habe, die Ausbildungsgebühren zu erhöhen. Er betont, dass das Präsidium geschlossen hinter Frau Degen stehe.

Herr Dr. Vogelsang erwidert, dass er nicht zur Wahl stehe, sondern Frau Degen und er daher ein Interesse daran habe zu erfahren, welche Ziele und Vorstellungen Frau Degen verfolge.

Frau Degen wiederholt in diesem Zusammenhang, dass eine Beitragssenkung das richtige Vorgehen sei.

Herr Pirck äußert, dass er eine Prozessfrage an das Präsidium habe. Er sei verwundert über die Berichterstattung, wonach ein anderer Kandidat als Favorit gegolten habe und bereits schon eine Zusage bekommen hätte.

Herr Vizepräsident Mücke antwortet, dass der Vorschlag zu Frau Degen im Präsidium einstimmig gewesen sei. Er betont, dass nicht alles, was in der Presse stehe, auch der Wahrheit entspreche.

Herr Präsident Bergmann klärt über die zwei Möglichkeiten zur Wahl der neuen Hauptgeschäftsführerin auf. Zum Einen bestehe die Möglichkeit der offenen Wahl, und zum Anderen die Möglichkeit, eine geheime Wahl durchzuführen. Es handele sich dabei um eine Wahl, bei der nach § 7 Abs. 5 Satz 1 der Satzung die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet; Enthaltungen werden nicht berücksichtigt. Herr Ederhof, Frau Hnida sowie von Seiten des Hauptamtes Herr Graf haben sich bereits im Vorfeld bereit erklärt, eine Zählkommission zu bilden.

Das Plenum folgt ohne etwaiger Erhebungen von Widersprüchen der Empfehlung des Präsidiums, die Wahl geheim durchzuführen, und fasst einstimmig den Beschluss, die Herren Ederhof und Graf sowie Frau Hanida für die Wahlkommission zu benennen.

Herr Präsident Bergmann eröffnet den Wahlvorgang und verweist auf die Urnen. Er schlägt vor, bis zur Verkündung des Ergebnisses die Sitzung fortzusetzen.

TOP 6: Vision / Mission

Dieser Tagesordnungspunkt wird von Herrn Vizepräsident Dr. Killinger und Herrn Herting vorgestellt. Herr Vizepräsident Dr. Killinger berichtet von der Gründung einer Lenkungsgruppe bestehend aus Plenarmitgliedern (Herren Vizepräsident Dr. Killinger, Präsident Bergmann, Hocquel, Frau Prinz, Frau Vizepräsident Rickwardt, Herren Schmelzer und Vizepräsident Dr. Teichert) und begleitend von den Herren Herting, Brehmer, Konow und Frau Gebhardt (Beraterin) als Moderatorin.

Herr Herting stellt im Anschluss die wesentlichen Bestandteile der Vision / Mission vor. Ausgangsfrage sei gewesen, für welche inhaltlichen Ziele die „neue“ Handelskammer stehe und was diese für die Hamburger Wirtschaft leisten solle. Insbesondere standen dabei das Selbstverständnis und das Werteverständnis der Organisation im Fokus. In dem Erarbeitungsprozess seien zahlreiche Workshops und Einzelinterviews eingeflossen.

Herr Dr. Mecke erfragt, ob das Präsidium hinter den Aussagen der Vision und Mission stehe.

Herr Präsident Bergmann antwortet, dass das Präsidium eng in die Erarbeitung eingebunden gewesen sei und dem Plenum einstimmig die Verabschiedung der Vorlage empfehle.

Herr Holstein äußert, dass er eine kürzere, präzisere und damit auch prägnantere Formulierung der Vision und Mission bevorzugen würde.

Das Plenum verabschiedet einstimmig den Beschluss zum vorgelegten Papier „Handelskammer Hamburg – Vision und Mission“.

Frau Gebhardt spricht ihren Dank an das Ehren- und Hauptamt für die gemeinsame Arbeit aus.

TOP 7: Aktivitäten und Wirtschaftsplanung 2018:

a. Änderung der Beitragsordnung

Herr Duphorn geht auf die Ergebnisse der AG Beitragsordnung ein. Diese habe den konkreten Auftrag gehabt, die Beitragszahler bei den Grundbeiträgen schon im Jahr 2018 spürbar zu entlasten. Nach derzeitiger Grundbeitragsstaffel zahle ein Unternehmen mit mehr als 50

Mio. EUR Umsatz einen Grundbeitrag von maximal 575,-- EUR. Zukünftig sollen Unternehmen ab 50 Mio. EUR Umsatz einen vom Gewerbeertrag unabhängigen Grundbeitrag von 9.500 EUR zahlen. Vorgesehen sei eine Anrechnungsregelung. Danach werde der 550,-- EUR übersteigende Anteil dieses Grundbeitrages auf eine zu zahlende Umlage i.H.v. 0,22 % des Gewerbeertrags/Gewinns aus Gewerbebetrieb angerechnet. Nicht begünstigt seien insofern Unternehmen ohne bzw. mit geringem Gewerbeertrag. Im Gegenzug würden kleine und mittlere Unternehmen entlastet. So solle der Mindestgrundbeitrag für Nichtkaufleute von bisher 40,-- EUR auf 10,-- EUR p. a. sinken. Kleine Firmen mit Handelsregistereintrag sollten künftig statt 135,-- EUR nur noch 95 EUR zahlen. Ein vergleichbares Beitragssystem werde auch in anderen Kammern praktiziert. Im Saldo führten die vorgeschlagenen Änderungen voraussichtlich zu Mehrerträgen aus Grundbeiträgen von 0,3 Mio. EUR (Mehreinnahmen von 3,4 Mio. EUR durch erhöhten Grundbeitrag für Großunternehmen, im Gegenzug Entlastung der übrigen Beitragszahler um 3,1 Mio. EUR). Im Ergebnis würden aber 99 % aller Beitragszahler entlastet.

Herr Gehrckens hinterfragt die mit der Einführung des neuen erhöhten Grundbeitrags prognostizierten Mehrerträge von 3,4 Mio. EUR. Er bezweifelt, dass es so viele Unternehmen mit 50 Mio. EUR Umsatz und mehr gebe, die keinen Gewerbeertrag erwirtschafteten und damit keinen Umlagebeitrag zahlten. Dies komme einer „Substanzsteuer“ gleich, die er grundsätzlich ablehne. Herr Kaufholz führt aus, es gebe Unternehmen, die augenscheinlich 0,-- EUR Gewinn in Hamburg erzielten, da sie Steuersysteme im Ausland nutzten. Herr Dr. Mecke fordert, auch den großen Unternehmen sollten Beitragsreduzierungen zu Gute kommen. Herr Pirck erkundigt sich, wie die neuen Jumbo-Beitragsregelungen den Unternehmen mitgeteilt würden. Herr Herting entgegnet, die Handelskammer werde auf alle betroffenen Beitragszahler individuell zugehen und die neue Beitragsstaffel erläutern. Auf weitere Frage von Herrn Pirck, ob eine Beitragserhebung von 10,-- EUR überhaupt kostendeckend erfolgen könne, antwortet Herr Duphorn, die Grenzkosten für die Erstellung eines Beitragsbescheides von 10,-- EUR lägen bei rund 6,-- EUR. Herr Dr. Vogelsang hat eine Anmerkung. Es sei nicht adäquat, Unternehmen ab einem Umsatz von 50 Mio. EUR unterschiedlich zu behandeln. Im Übrigen treffe die Beitragsreform nicht nur international operierende Unternehmen, die im Inland keine Steuern zahlten, sondern gerade auch in Hamburg ansässige Unternehmen, die schon bisher Beiträge an die Handelskammer abführten. Insofern sei eine Differenzierung im Rahmen der Beitragsreform notwendig. Herr Vizepräsident Dr. Teichert betont, auch Unternehmen mit einer Verlustrechnung würden zukünftig entlastet. Von einer Beitragssteigerung durch die vorgesehene Beitragsregelung seien voraussichtlich etwa 370 Unternehmen betroffen. Herr Duphorn ergänzt, genauere Angaben zur Anzahl der betroffenen Unternehmen seien nicht möglich, da bisher lediglich auf Werte aus der Vergangenheit zurückgegriffen werden könne. Herr Wöhlke unterstreicht, dass er sich Sorgen mache, da es viele Branchen gebe, die zwar einen hohen Umsatz, aber nicht entsprechend hohe Gewerbeerträge erzielten. Dies betreffe insbesondere den Handel, dessen Unternehmen sich oftmals eng an der Grenze zur Rentabilität bewegten.

Herr Dr. Vogelsang beantragt, aufgrund der Komplexität der neuen Grundbeitragsregelungen solle jedes Plenarmitglied bis zur nächsten Sitzung die derzeitigen Kammerbeiträge seines Unternehmens gegenüber dem Plenum offenlegen. Die Handelskammer solle dann die Veränderungen durch die neue Beitragsstaffel berechnen. Die Entscheidung über die Verabschiedung der neuen Beitragssätze solle bis zur nächsten Plenarsitzung verschoben werden.

Mit einer Mehrheit von 49 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen (d. h. Stimmen für den Antrag) lehnt das Plenum den Antrag von Herrn Dr. Vogelsang ab.

Im Kontext zur vorgestellten und erörterten Reform der Grundbeitragsstaffel stellt Herr Präsident Bergmann anschließend die damit zusammenhängende Vorlage für die 3. Änderung der Beitragsordnung der Handelskammer Hamburg zur Abstimmung.

Mit einer Mehrheit von 46 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen verabschiedet das Plenum die 3. Änderung der Beitragsordnung der Handelskammer Hamburg gemäß formalem Beschlusstext (vorab versandte Anlage 3 zum Vermerk zu TOP 7a). Ferner wird das Hauptamt ermächtigt, etwaige erforderliche redaktionelle Änderungen vorzunehmen, die sich aus der Vorabstimmung und dem Genehmigungsprozess mit der Rechtsaufsicht ergeben können.

Nunmehr wird das Ergebnis der Auszählung zu **TOP 5 – Bestellung einer Hauptgeschäftsführerin gemäß § 6 Abs. 2 Ziff. 2 i.V.m. § 15 Abs. 1 der Satzung der Handelskammer –** verkündet:

Von 57 anwesenden Plenarmitgliedern votieren 49 für eine Bestellung von Frau Christi Degen und 7 dagegen; ein Plenarmitglied enthält sich. Gemäß § 6 Abs. 2 Ziff. 2 i.V.m. § 15 Abs. 1 der Satzung der Handelskammer Hamburg bestellt das Plenum somit Frau Christi Degen zur Hauptgeschäftsführerin der Handelskammer Hamburg.

Herr Vogelsang gratuliert Frau Degen zur Bestellung als Hauptgeschäftsführerin der Handelskammer und bietet ihr eine gute Zusammenarbeit an. Des Weiteren schlägt er vor, nachträglich seinen bereits gestellten Antrag aufzugreifen.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert macht den Vorschlag, dass das Hauptamt herausarbeite, wie viele Unternehmen von einer etwaigen Erhöhung der Beiträge konkret betroffen seien.

Herr Herting antwortet, dass eine Zahlenangabe lediglich rückblickend auf das Jahr 2016 anhand der mitgeteilten Bemessungsgrundlagen aus der Gewerbesteuer des Finanzamtes möglich sei. Die Zahlen hierzu würden bereits vorliegen, sodass konkret 370 Unternehmen von einer realen Mehrbelastung betroffen seien.

Herr Präsident Bergmann teilt mit, dass er den Wunsch von Herrn Dr. Vogelsang zur Prüfung aufnehme. Herr Dr. Vogelsang weist noch einmal konkret daraufhin, dass er an der Veränderung der Beiträge der einzelnen Plenarmitglieder interessiert sei.

b. Verabschiedung Aktivitäten- und Wirtschaftsplan 2018 mit künftiger Finanzierungsstruktur

Herr Vizepräsident Dr. Teichert führt in die Schwerpunkte der Aktivitäten- und Wirtschaftsplanung für das Jahr 2018 ein. Er greift dabei insbesondere die im Vorfeld geführte Diskussion um die Berufsbildungsgebühren auf und verweist dabei auf Beschlüsse aus der letzten Legislaturperiode, die eine Kostendeckung durch Gebühren in der Berufsbildung in Höhe von 50% bis 60% festgelegt hätten. Die vorliegende Planung sehe hierzu eine vorsichtige Erhöhung vor, wobei diese noch durch eine Änderung der Gebührenordnung zu diskutieren sei.

Herr Vizepräsident Mücke teilt in diesem Zusammenhang mit, dass sich eine große Mehrheit des Bildungsausschusses gegen eine mögliche Gebührenerhebung ausgesprochen habe. Derzeit sei eine Projektgruppe „Ausbildung stärken“ eingesetzt worden, die auch die Erarbeitung eines Gebührenmodells zum Gegenstand habe. Im Laufe des ersten Halbjahres 2018 solle die Projektgruppe verschiedene Ideen im Plenum präsentieren.

Herr Brehmer führt aus, dass der Wirtschaftsplan 2018 bestehend aus dem „Erfolgsplan“ und dem „Finanzplan“ gem. § 2 Finanzstatut der Handelskammer Hamburg Bestandteil der Wirtschaftssatzung ist, die vom Plenum zu beschließen ist. Diese sei die Rechtsgrundlage für die Wirtschaftsführung der Handelskammer Hamburg und lege auch die Beiträge fest. Der Aktivitäten- und Wirtschaftsplanung 2018 würden darüber hinaus zwei Beschlüsse zu Grunde liegen. Zum einen der Beschluss des Plenums vom 6. Juni 2017, in welchem eine Maßnah-

me durch das Plenum beschlossen wurde, wonach alle Geschäftsbereiche der Handelskammer Hamburg aufgefordert wurden, Sachkosten in Höhe von mindestens 10 % einzusparen. Zum anderen der Projektauftrag des Präsidiums vom 6. Juli 2017, wonach die bestehende Beitragsordnung insbesondere unter dem Aspekt der Leistungsgerechtigkeit zu prüfen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten seien. Darüber hinaus berichtet Herr Brehmer, dass der Ausschuss für Inneres in seiner Sitzung vom 15. November 2017 Ergebnisse des sog. Independent Business Review (IBR) diskutiert habe, dass die Finanzkommission mit Unterstützung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MAZARS erstellt habe. Alle drei Vorgaben durch Plenum, Präsidium und Innenausschuss seien in die Planungen eingeflossen.

Herr Brehmer stellt die Finanzplanung 2018 vor, die Betriebserträge von etwa 50 Mio. EUR vorsieht. Diese würden sich zusammensetzen aus 81% Handelskammerbeiträgen, 13% Gebühren und 1% Entgelten für Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen sowie 4% aus sonstigen Erträgen wie Vermietung. Dem gegenüber stehen Betriebsaufwendungen, insbesondere Aufwand für Veranstaltungen, Material, Abschreibungen und Personal, wobei 46% auf den Personalaufwand entfallen würden. Die Gesamtsumme für den Betriebsaufwand liege bei – 46 Mio. Euro. Daraus ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 4 Mio. EUR. Das Finanzergebnis weist ein Defizit von etwa 7 Mio. EUR aus. Aus diesem Grund kommt man zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von – 3.255.000 Mio. EUR und nach der Steuerbelastung zu einem Jahresergebnis in 2018 von – 3.478.000 Mio. EUR. Nach der Entnahme von Rücklagen für die geplanten Aufwendungen betrage das Ergebnis 0 EUR. Dies seien die Eckdaten für den Wirtschaftsplan 2018. Herr Brehmer berichtet auf Grundlage dessen, wie die Perspektive über 2020 hinaus aussehe. Zusammen mit den Tochtergesellschaften der Handelskammer Hamburg würden für das Jahr 2016 auf der Ertragsseite 61,7 Mio. EUR stehen. Auf der Aufwandsseite würden etwa -58,8 Mio. EUR stehen. Um das Gesamtbudget von rund 60 Mio. EUR erwirtschaften zu können, stehen 40 Mio. EUR Beiträge im Jahr 2016 zur Verfügung. Der Vorschlag des Präsidiums sei, aus dem Konzept „60:40“ ein Konzept „40:20“ zu entwickeln. Das bedeutet, dass das Budget der Handelskammer Hamburg-Gruppe nur noch 40 Mio. EUR betragen soll und diese durch 20 Mio. EUR Mitgliedsbeiträgen abgedeckt werden sollen. Die darüber hinaus notwendigen Erträge sollen aus Entgelten und Gebühren stammen. Diese Eckpunkte sollen zwischen 2020 und 2023 erreicht werden.

Herr Jensen betont die Bedeutung der Dualen Berufsbildung und die Notwendigkeit, ausreichend Ausbildungsbetriebe dafür zu gewinnen. Er sei der Ansicht, dass große Unternehmen besser aufgestellt seien, um eine Ausbildung durchzuführen. Es sei eine verantwortungsvolle und zeitaufwendige Aufgabe, Personal auszubilden. Daher stelle er einen Änderungsantrag zum vorgelegten Wirtschaftsplan 2018 mit dem Inhalt vor, dass die Erhöhung der Ausbildungsgebühren ausgesetzt wird, d.h. der Ansatz für Erträge und Gebühren der Berufsbildung bleibt im Vergleich zu 2017 unverändert bei 3.125.000 EUR. Gleichzeitig soll der Betrag „Einstellung in die Ausgleichsrücklage“ um 330.000 EUR gegenüber dem vorgelegten Planentwurf reduziert werden.

Herr Präses Bergmann stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Mit einer Mehrheit von 49 Stimmen bei 7 Gegenstimmen und einer Enthaltung stimmt das Plenum dem Änderungsantrag zum Wirtschaftsplan 2018 von Herr Jensen zu..

Herr Pirck macht den Vorschlag, keine schnelle Entscheidung über eine Wirtschaftsplanung nach 2018 hinaus zum jetzigen Zeitpunkt zu treffen. Seiner Ansicht nach gebe es noch Diskussionsbedarf, wie man mit einem geringeren Budget zum Thema Bildung, Stadtentwicklung u.a. arbeiten solle. Aus zeitlichen Gründen sei eine Diskussionen in dieser Plenarsitzung nicht mehr umsetzbar.

Herr Ederhof teilt mit, dass er die Vertagung der Diskussion nicht für sinnvoll erachte.

Herr Pirck stellt den Antrag die Entscheidung zur mittelfristigen Finanzierung zu verschieben.

Mit einer Mehrheit von 40 Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen wird der Antrag durch das Plenum abgelehnt.

Mit einer Mehrheit von 50 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung fasst das Plenum den folgenden Beschluss:

Die Aktivitäten- und Wirtschaftsplanung 2018 wird in der vorgelegten Fassung (Anlage 4) mit der Änderung des vom Plenum angenommen Antrags von Herrn Jensen angenommen.

Mit einer Mehrheit von 48 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen fasst das Plenum den folgenden Beschluss über die künftige Finanzierungsstruktur:

Das Plenum der Handelskammer Hamburg stimmt einer künftigen Finanzierungsstruktur zu mit den Eckpunkten, das Gesamtbudget (Erträge/Aufwände) der Handelskammer-Gruppe auf eine Größenordnung von etwa 40 Mio. EUR zu reduzieren, in dem die Ertragskomponente Mitgliedsbeiträge auf 20 Mio. EUR reduziert wird. Diese Eckpunkte sollen zwischen 2020 und 2023 erreicht werden. Eine mittelfristige Finanzplanung wird im 1. Halbjahr 2018 vorgelegt werden.

c. Gruppenabschluss 2016

Herr Brehmer berichtet, dass die Einzelabschlüsse der HSBA, HKBIS, des HWWI, der Handelskammer Service GmbH im vorliegenden Gruppenabschluss konsolidiert worden seien. Diesen Gruppenabschluss lege die Handelskammer aus Transparenzgründen seit 2014 freiwillig vor. Da die Einzelabschlüsse jeweils durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft worden seien, wurde auf ein Testat des Gruppenabschlusses verzichtet. Nach Kenntnisnahme durch das Plenum werde der Gruppenabschluss im Internet veröffentlicht.

TOP 8: Eckpunktepapier A26 Ost

Herr Asmus berichtet über die ehemalige Hafenquerspange, der heutigen A26 Ost (Abschnitt zwischen A7 und A1) und teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Planungen schon 25 Jahre alt seien und man nun zum Ausbau kommen sollte. Die Gesamtkosten i.H.v. 900 Mio. EUR des Ausbaus der A26 Ost würden vom Bund übernommen. Lediglich ein Teil von 20 Mio. EUR trage die Stadt. Herr Asmus stellt die knapp 10 km langen Planungsabschnitte der A26 Ost vor und verweist auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr (Vergleich hierzu die Vorab versendete Anlage 6).

Mit einer Mehrheit von 44 Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen fasst das Plenum den folgenden Beschluss:

„Das Plenum stimmt dem Eckpunktepapier A 26 Ost – Die Hafenpassage als notwendiges Bindeglied zwischen A7 und A1 – zu.“

TOP 9: Verschiedenes

Präses Bergmann bedankt sich bei Herrn Brehmer im Namen des Ehrenamtes für seinen außergewöhnlichen Einsatz und seine hervorragende Beratungstätigkeit während der Vakanz des Hauptgeschäftsführerpostens. Herr Holstein lobt die gute Arbeit bei der Erstellung des Wirtschaftsplans und verbindet dies ebenfalls mit einem Dank an Herrn Brehmer. Er bittet, dass im nächsten Jahr der Wirtschaftsplan aufgrund des Umfangs und der notwendigen Lesezeit frühzeitiger versendet werden solle.

Herr Präses Bergmann erklärt, die nächste Sitzung des Plenums sei am 19. Januar 2018. Nun finde im Börsensaal der Handelskammer die Lange Nacht statt, zu den alle Mitglieder des Plenums sehr herzlich eingeladen seien. Herr Präses Bergmann schließt die Sitzung um 18:51 Uhr.

Hamburg, den 10. Januar 2017



Ulrich Brehmer
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- **Anlage 1: Schriftlicher Bericht des Hauptgeschäftsführers**
- **Anlage 2: Von der Zählkommission beurkundetes Ergebnis der Bestellung einer Hauptgeschäftsführerin gemäß § 6 Abs. 2 Ziff. 2 i.V.m. § 15 Abs. 1 der Satzung der Handelskammer**